



Die Kirche soll anders auftreten

Thinktank aus Politikern und Theologen will Kirche zügeln

Bern. Kirchenvertreter erklären gern vom moralischen Hochsitz herab, was politisch Sache ist: So verteilte Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist am Zürcher Hauptbahnhof Flyer gegen die Durchsetzungs-Initiative, und wegen ihres Ja zu No Billag sprach ein Kirchenmann SVP-Nationalrätin Natalie Rickli gar das Katholischsein ab.

Für den CVP-Präsidenten Gerhard Pfister ist das «ein tiefer Rückfall ins Mittelalter». Generell hält er es für illegitim, mit biblischen Normen politisch zu argumentieren und aus dem Evangelium tagespolitische Empfehlungen abzuleiten. Mit einem neuen Thinktank wollen Gerhard Pfister, drei weitere Nationalräte und vier Theologen die Kirchen ermuntern, sich auf ihr Werteservoir und ethisches Basiswissen zu besinnen. mm **Seite 4**



Im Namen Gottes

Mit einem neuen Thinktank wollen Politiker und Theologen die politisierenden Kirchen in die Pflicht nehmen

Von Michael Meier, Zürich

Irritationen gaben den Anlass, dass die Theologin Béatrice Acklin Zimmermann und CVP-Präsident Gerhard Pfister kürzlich mit Gleichgesinnten den Thinktank «Kirche/Politik» gegründet haben. Sie stossen sich an Stellungnahmen und Abstimmungsparolen von Kirchenleuten. Bischof Felix Gmür etwa warb mit theologischen Gründen für die Energiestrategie. Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist verteilte mit anderen Pfarrern – teils im Talar – am Zürcher Hauptbahnhof Flyer gegen die Durchsetzungs-Initiative. Der Zürcher Generalvikar Josef Annen sah in den Sozialdetektiven «eine Belastung für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft». Und die Zürcher Synodalratspräsidentin Franziska Driessen warnte, die SVP sei für Christen unwählbar.

Dass ein Kirchenvertreter SVP-Nationalrätin Natalie Rickli wegen ihres Ja zu No Billag gar das Katholischsein absprach, ist für Pfister «ein tiefer Rückfall ins Mittelalter» und für Acklin «polit-religiöser Populismus». Dabei befremdet die Theologin, die für die FDP im Freiburger Stadtparlament sitzt, dass Kirchenleute ihre Autorität in Politikfragen von einer höheren Macht ableiteten. Es sei selbstgerecht, vom moralischen Hochsitz herab zu insinuieren, man wisse, was richtig sei und was falsch. «Sind diejenigen», fragt Acklin, «die sich politisch anders positionieren als ihre geistlichen Obrigkeiten, schlechtere Christen?» Ausserdem kennten Kirchenleute die Dossiers schlecht und übersehen, dass es im politischen Tagesgeschäft um Kompromisse gehe.

Eine Stimme wie jede andere

Auch für Pfister ist klar, dass man aus dem Evangelium nicht herleiten kann, ob man die Steuern anheben oder senken muss. Er hält es für schlicht ille-

gitim, mit biblischen Normen Politik zu machen. Ihn stört nicht, dass die Kirchen etwas sagen. Nur müssten sie gut beraten sein, was sie meist nicht seien. Auch sei ihnen nicht bewusst, dass sie bei politischen Äusserungen keinen anderen Status hätten als eine Partei: «Sie sind dann eine Stimme wie jede andere – keine bessere.»

Doch halten sie ihre Stimme häufig für die bessere. Das rührt auch daher, dass die Kirchen meist gesinnungsethisch argumentieren und keine Güterabwägung machen. So plädieren sie dezidiert für eine Willkommenskultur und gegen die Revision des Asylgesetzes mit schnelleren Verfahren. Acklin zufolge versäumen sie es dabei, auch die Folgen für das Gemeinwohl zu berücksichtigen, wie das die katholische Soziallehre verlange. Für Pfister gehört es zwar zur Aufgabe der Kirchen, auf Normen hinzuweisen. Sie müssen wie Papst Franziskus Mitmenschlichkeit anmahnen, Lebensschutz und Menschenwürde.

Fehlende Kompetenz

Es gehöre zur Kernkompetenz der Kirchen, den Schutz des ungeborenen Lebens einzufordern. Nur stellten sie sich oft der empirischen Frage nicht, wann menschliches Leben beginne. Ähnlich befähige sie ihr notwendiger Appell zur Mitmenschlichkeit im Asylwesen nicht zu tagespolitischen Empfehlungen in der Migrationspolitik. Neben diesem Kompetenzproblem beklagt Pfister ein Glaubwürdigkeitsproblem der Kirchen: «Sie entwickeln eine eigentümliche Scheu, ihr Alleinstellungsmerkmal zu vertreten. Sie wollen sein wie alle anderen, wie Sozialarbeiter etwa, und werden darum verzichtbar.»

Statt das Evangelium auszulegen, «reden sie lieber über das, was gestern in den Nachrichten war. Das aber kann ich

in der Zeitung lesen.» Dem hält Synodalratspräsidentin Driessen entgegen, die Kirche müsse sich nicht zu allem und jedem äussern. Es sei aber ihre Pflicht, sich einzubringen, «wenn es um Menschlichkeit und soziale Verantwortung geht». Sie selber stehe zu ihrer Aussage, die SVP sei für Christen nicht wählbar. Denn sie könne die Asyl- und Flüchtlingspolitik der SVP nicht mit ihrem Verständnis des Evangeliums in Einklang bringen. Acklin zufolge haben sich die Kirchen lange genug auf bioethische Themen fixiert. Was ihnen den Vorwurf eintrug, sich nur zu äussern, wenn es um Abtreibung oder Homosexualität geht. Sie wünschte deshalb, dass sich die Kirchen breiter und mit eigenen Themen einbringen, statt nur die Verstärkerrolle zu übernehmen.

Mit solchen Fragen wird sich der Thinktank beschäftigen. Einmal jährlich will er an einer öffentlichen Tagung Wertbegriffe wie Verantwortung und Freiheit oder Fragen der Menschenwürde diskutieren. Im Thinktank sind zum einen Theologen verschiedener Konfessionen vertreten – neben Acklin der ehemalige Engelberger Abt Berchtold Müller, der reformierte Theologieprofessor Ralph Kunz und der Glarner Kirchenratspräsident Ulrich Knöpfel –, zum anderen Bundesparlamentarier wie Eric Nussbaumer (SP), Claudio Zanetti (SVP) und Maja Ingold (EVP). Sie alle sind praktizierende Christen.

Für Nussbaumer etwa können die Kirchen als Institution mit ihren ethisch-theologischen Argumenten bei politischen Fragen hilfreich sein. Die ethische Begründung gehe aber häufig verloren.

Ethik statt Moral

Es gehe nicht darum, so Acklin, die Kirchen politisch zu sterilisieren. Sondern darum, wie sich diese einbringen sollen. Statt politischer Stellungnahmen

Basler Zeitung

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
bazonline.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 46'353
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 4
Fläche: 79'744 mm²

Auftrag: 1084726
Themen-Nr.: 150.001

Referenz: 72112466
Ausschnitt Seite: 2/3

sei ihr ethisches Wissen und Beiträge zur Meinungsbildung gefragt, kurz Ethik statt Moral. Konkret heisst das für Pfister, dass sie bei einem Thema wie Ladenöffnungszeiten nicht ein Ja oder ein Nein präsentieren, sondern eine ethisch saubere Güterabwägung, zu der interessengesteuerte Politiker nicht imstande seien.

Aber wie unabhängig ist der CVP-Präsident selber? Helfen ihm nicht die Bischöfe, die er jährlich trifft, das C zu

füllen? «Von den Bischöfen Erwartungen für die Politik zu haben, wäre sehr gefährlich. Wenn wir Religion und Politik nicht trennen, nähern wir uns dem Gottesstaat à la Iran.» So würde sich Pfister von den Bischöfen nie für ein Nein zur Ehe für alle in die Pflicht nehmen lassen. Obwohl er persönlich am traditionellen Ehebegriff festhält, will er «nicht das eine als christlich und das andere als unchristlich bewerten». Pfister ist den Bischöfen dankbar für ihre

Position, sieht es aber nicht als Aufgabe der CVP, diese in die Politik umzusetzen.

Dissens ist im Thinktank erwünscht. Ethik bildet dabei den Rahmen, der verschiedene Weltanschauungen zulässt. Gerade weil den Kirchen, anders als einer Partei, Menschen unterschiedlichster politischer Ausrichtung angehören, könnten sie laut Acklin der Verhärtung der politischen Fronten entgegenwirken.

Basler Zeitung

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
bazonline.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 46'353
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 4
Fläche: 79'744 mm²

Auftrag: 1084726
Themen-Nr.: 150.001

Referenz: 72112466
Ausschnitt Seite: 3/3



Dissens ist ausdrücklich erwünscht. CVP-Präsident Gerhard Pfister und Theologin Béatrice Acklin. Foto Adrian Moser